

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(32. - öffentliche - Sitzung am 7. Dezember 2023)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Asylbewerbern**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur „Anschlagsgefahr auf Niedersächsischen Weihnachtsmärkten“**

Der Ausschuss billigt den Antrag auf Unterrichtung, nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3. **Praxistaugliches Moorbrandschutzkonzept für Niedersachsen entwickeln**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/872](#)

Der Ausschuss führt zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört werden:

- Landesfeuerwehrverband Niedersachsen
- ForestFireWatch, Verein zur Förderung der Waldbrandprävention e. V.
- Freiwillige Feuerwehr Wietmarschen
- Freiwillige Feuerwehr Aurich
- Freiwillige Feuerwehr Groß Hesepe
- Kreisfeuerwehrverband Gifhorn
- Technisches Hilfswerk - Landesverband Bremen, Niedersachsen
- Landeskommando Niedersachsen (Lkdo NI)

Der Ausschuss kommt überein, dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz einen Protokollauszug zur Kenntnisnahme zu übermitteln.

4. **Jüdisches Leben in Niedersachsen schützen - Antisemitismus konsequent vorbeugen und bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2713](#)

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2798](#)

Der Ausschuss nimmt die Mitberatung auf. Er beschließt, diese nach der für den Januar oder Februar 2024 geplanten Anhörung zu dem Thema im federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen fortzusetzen. Darüber hinaus bittet er darum, zu dieser Anhörung eingeladen zu werden.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Volksabstimmungs-
gesetzes sowie des Kammergesetzes für die Heilberufe**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/2959](#)

Der Ausschuss erörtert die Grundzüge des Gesetzentwurfs. Er nimmt eine Unterrichtung durch einen Mitarbeiter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache. Daran anschließend kommt der Ausschuss überein, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hierzu zu einer mündlichen Anhörung einzuladen und die betroffenen Kammern um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten.